

**Anfrage der Abgeordneten Kerstin Celina zum Plenum vom
12. Juli 2016**

„Ich frage die Staatsregierung, inwieweit die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Frau Irmgard Badura, bei der Erstellung der Stellungnahme der Staatsregierung zum Bundesteilhabegesetz einbezogen worden ist, und falls ja, welche konkreten Punkte sie eingebracht hat, falls nein, warum es die Staatsregierung nicht für notwendig hielt, sie zu beteiligen?“

Antwort durch das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration:

Das StMAS hat am 10. Mai 2016 eine Verbändeanhörung zum Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz durchgeführt. An dieser hat ein Vertreter der Geschäftsstelle der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen teilgenommen. Im Auftrag der Beauftragten, Frau Irmgard Badura, hat er gegenüber der Bayerischen Staatsregierung die ihrer Ansicht nach wesentlichen Kritikpunkte am Referentenentwurf mitgeteilt.

Es findet zudem ein regelmäßiger und enger Austausch der Fachabteilung im StMAS und der Geschäftsstelle der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen statt, u.a. auch bezüglich der geplanten Reform der Eingliederungshilfe.

Die inhaltlichen Positionen der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen zum Bundesteilhabegesetz können unter <http://www.behindertenbeauftragte.bayern.de/index.php> abgerufen

werden. Die Bayerische Staatsregierung hat diese von der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen vorgebrachten Positionen in ihren Meinungsbildungsprozess bei der Erstellung ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes einbezogen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen zusammen mit den Behindertenbeauftragten der anderen Bundesländer sowie der Bundesbehindertenbeauftragten eine eigene Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes abgegeben hat.